

74: Klausur Bamberg,

Wolfgang Hinz - Roman

(Hrsg.)

interkulturelle Öffnung

sozialer Dienste,

Erhebung i. D. i. Lambertini

1995

J. 49-64

## DEMOGRAPHISCHE PROGNOSEN: ÖKONOMISCHE UND SOZIALE PROBLEMFELDER

Gert Hulsen

### FRAGEN AN DIE DEMOGRAPHIE

An folgende Sätze der „Empfehlungen zur interkulturellen Öffnung sozialer Dienste“ möchte ich anknüpfen: „Die Bundesrepublik Deutschland sieht sich einer faktischen Einwanderungssituation gegenüber. Immer neue Zuwanderungsgruppen sind in der Gegenwart zu verzeichnen und in der Zukunft zu erwarten.“

„Die weitere Liberalisierung innerhalb der europäischen Gemeinschaft, vor allem aber auch die Entwicklung in den östlichen Teilen Europas und die verstärkte Süd-Nord-Wanderung lassen für die Zukunft große Zuwanderungspotentiale erwarten. Die nicht-deutsche Bevölkerung Deutschlands wird zunehmend uneinheitlicher, was ihre Wandermotive, ihre Aufenthaltserwartung, ihren Aufenthaltsstatus und ihre tatsächliche Aufenthaltsdauer anbelangt. Es wird immer neue Zuwanderungsgruppen geben, die, ähnlich der sogenannten ersten Generation, der Information, Beratung und Hilfe bedürfen.“<sup>1</sup>

Mit diesen Worten werden zur Zeit von Politikern und Wissenschaftlern und auch von der breiten Öffentlichkeit gelegte Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung umrissen. Lassen Sie mich nun folgenden etwas dazu sagen, welche prognostischen Möglichkeiten die Demographie überhaupt hat und welche demographischen Entwicklungen unserer Meinung nach in den nächsten Jahrzehnten zu erwarten sind.

### Möglichkeiten der Prognose, Prognose-Sicherheit

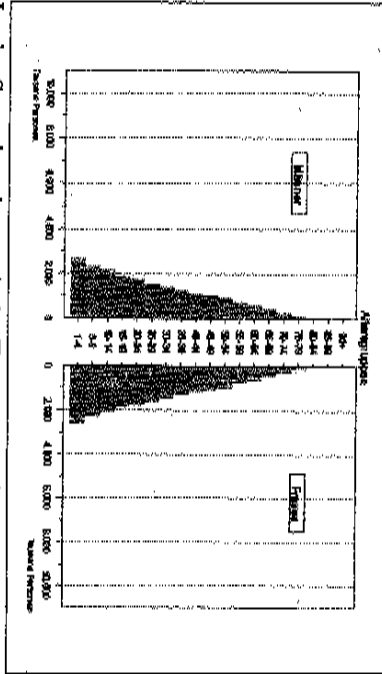
An den Anfang stelle ich ein kleines Gedankenexperiment zu den Möglichkeiten der Prognose und zur Sicherheit demographischer Berechnungen.

Wir haben einmal simuliert, wie sich die Bevölkerung des Deutschen Reiches von 1871 in den darauffolgenden 120 Jahren, also bis 1991, hätte entwickeln können? Das Deutsche Reich hatte 1871 41 Millionen Einwohner, die durchschnittliche Kinderzahl der Frauen betrug 4,7. Die Männer hatten eine Lebenserwartung von 35,6 Jahren, die Frauen von 38,5 Jahren.

<sup>1</sup> Wolfgang Hinz, Empfehlungen zur interkulturellen Öffnung sozialer Dienste im Anhang, S.146.

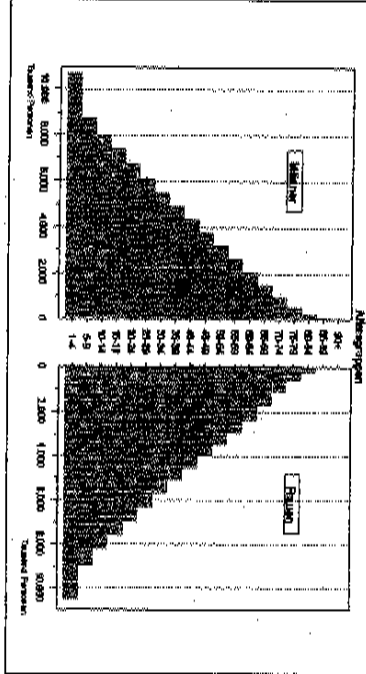
<sup>2</sup> Gert Hulsen, Bestimmungsgrenze der Alterung der Bevölkerung in Deutschland - Gesern, heute und morgen. Dt. Ges. für Bevölkerungswissenschaft, Bad Homburg, 1993.

Abbildung 1a: Bevölkerungspyramide 1871



In vier Szenarien gingen wir der Frage nach, wie die Bevölkerung 120 Jahre später hätte ausssehen können.

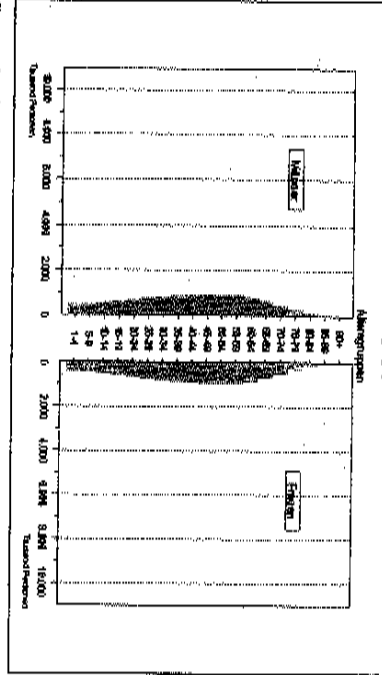
Abbildung 1b: Bevölkerungspyramide 1991 A



Szenario A: Bei Beibehaltung der damaligen Fertilität und Mortalität (Status quo) hätte sich die Anfangs-Bevölkerung von 41 Millionen auf 158 Millionen erhöht, also fast vervierfacht.

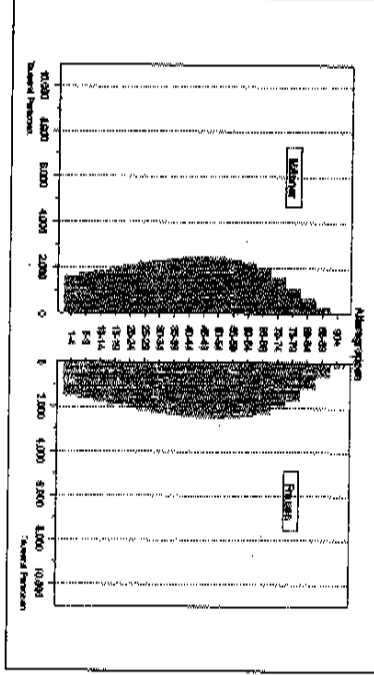
Szenario B: Bei Beibehaltung der Fertilität und bei Erhöhung der Lebenserwartung auf die heutigen Werte (72 Jahre bei den Männern, 79 Jahre bei den Frauen) hätte sich die Bevölkerung auf über 500 Millionen erhöht. Das Bild einer solchen Bevölkerung wäre formatstreuend, wenn man den Maßstab des Szenarios A beibehält. Deshalb wird auf eine Abbildung für Szenario B verzichtet und stattdessen an den Leser appelliert, sich eine Bevölkerungspyramide vorzustellen, deren Basis viermal so breit ist wie bei Szenario A.

Abbildung 1c: Bevölkerungspyramide 1991 C



Szenario C: Bei Beibehaltung der damaligen Mortalität und gleichzeitiger Verringerung der Fertilität auf heutige Werte (TFR 1,4) hätte sich die Bevölkerung bis 1991 nahezu halbiert auf nur noch 23 Millionen. Bildlich wäre aus der Bevölkerungspyramide eine Bevölkerung in Urnenform geworden.

Abbildung 1d: Bevölkerungspyramide 1991 D



Szenario D: Wenn simuliert wird, daß sich sowohl die Mortalität als auch die Fertilität auf heutige Werte verringern, lassen sich Bevölkerungsgrößen für 1991 von 70 bis gut 80 Millionen projizieren. Auch hier ergibt sich das Bild einer Urne. Die Spannweite der Rechnungen ist augenscheinlich immens. Schon kleine Veränderungen demographischer Parameter haben langanhaltende Wirkungen. Das begründet das heutige Interesse daran, diese Prozesse genau zu kennen, wissenschaftlich zu analysieren und die Politik in die Lage zu versetzen, sich früh auf mögliche Folgen vorzubereiten.

In bezug auf die Alterung der Bevölkerung helfen die Szenarien übrigens folgendes zu erkennen: Hätte es in den letzten hundertzwanzig Jahren keine die allgemeine Verringerung der Mortalität übersteigende Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit gegeben, so hätte der Geburtenrückgang noch mehr beigetragen zur Alterung der Bevölkerung. 1871 lebten von 100 Neugeborenen nach fünf Jahren nur noch 65, heute sind es 99 von 100. Wenn mehr Kinder überleben, wirkt sich das verzögernd auf die Alterung der gesamten Bevölkerung aus, und gleichzeitig erhöht sich der "reproductive value" der Neugeborenen.

Das letzte Szenario kommt der historischen Fertilitäts- und Mortalitätsentwicklung am nächsten und mußte deswegen annähernd die heutige Bevölkerung ergeben, genauer: die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit. Dies war erwartbar. Nicht erwartbar hingegen - und darauf will ich mit diesem Gedankenexperiment hinweisen - wird es im Jahr 1871 gewesen sein, daß die Parameter der künftigen Bevölkerungsentwicklung sich so wie gelohnt änderten, nämlich mit einer Drittelung der Kinderzahl und mehr als einer Verdoppelung der Lebenserwartung. Solche Ungewißheit beruht grundsätzlich auch die heute anzustellenden demographischen Berechnungen.

#### PARAMETER HEUTIGER MODELLRECHNUNGEN

##### Mortalität

In Bevölkerungsprognosen über die zukünftige Entwicklung sind die Annahmen über die Entwicklung der Mortalität wohl die sichersten. Die gegenwärtige Lebenserwartung wird sich weiter erhöhen. 1989 betrug sie in Westdeutschland bei Frauen 79 Jahre, bei Männern 73 Jahre; in den neuen Ländern lag sie mit 76 bzw. 70 Jahren um drei Jahre darunter. Die Lebenserwartungen werden sich weiter erhöhen, wobei im übrigen nicht mehr wie früher die Verringerung der Säuglingssterblichkeit ausschlaggebend ist, sondern die Verringerung der Altersmortalität. Binnen eines Jahrzehntes dürften in Westdeutschland Werte von über 80 Jahren für Frauen und von 75 Jahren für Männer erreicht werden. In Japan liegt die Lebenserwartung der Frauen seit Jahren bei über 80 Jahren, neuerdings auch in einigen skandinavischen Ländern und in den Niederlanden.

##### Fertilität

Schwieriger wird es schon bei der Fertilität. Sie hat sich in in Westdeutschland seit den 60er Jahren schnell nach unten bewegt. Dann verhartete die Zusammensetzung der Geburtenziffer bis jetzt bei

1,28 bis 1,45, so daß man sicher schen, auch für die Zukunft mit solcher Geburtenhängigkeit rechnen zu können.

In den neuen Ländern, deren Geburtenhängigkeit in DDR-Zeiten ein bisschen höher als in Westdeutschland gewesen ist, wurde aber mittlerweile mit Werten von unter 0,8 (1992) ein historisch bisher nicht gekannter Tiefpunkt erreicht. - Da stellt sich schnell Ratslosigkeit über die zukünftige Entwicklung ein. Und auch wenn vieles für die Annahme spricht, daß sich die Kinderzahlen wieder erhöhen, bleibt doch offen, auf welche Werte sie wieder ansteigen und in welchem Zeitraum dies erfolgen könnte. Da andere Länder Beispiele für eine zumindest kurzzeitig erfolgreiche pronatalistische Politik gaben<sup>3</sup>, ist auch das Wiedererreichen früherer Werte nicht ausgeschlossen. Die für die Bestandserhaltung theoretisch notwendigen 2,1 Geburten pro Frau werden sich allerdings mit großer Sicherheit nicht einstellen.

##### Migration

Früher unbekanntere Unwägbarkeiten der Bevölkerungsprognose tun sich dadurch auf, daß heute nicht nur Geburtenhängigkeit und Lebenserwartung zu berücksichtigen sind, sondern auch die Migrationen. Zu unterscheiden ist zwischen der Binnenmigration, also Umzügen in Deutschland, und der grenzüberschreitenden Migration.

Die millionenfache Flucht und Übersiedlung aus der ehemaligen DDR in das damalige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist jahrzehntelang die bedeutendste Ursache für Veränderungen der Bevölkerungsgröße der beiden Staaten gewesen<sup>4</sup>. Zur Wendezeit erreichte dies einen Höhepunkt, als 1989 per Saldo 380 Tausend und 1990 noch einmal 360 Tausend Personen aus dem Osten in den Westen übersiedelten.

<sup>3</sup> Vgl. Eva B. Bernhard, 1992: Working parents in Sweden: an example for Europe? In: Human Resources in Europe at the Dawn of the 21st Century. Hrsg. Eurostat, Luxemburg: Eurostat, 231-254.

Jürgen Döntitz, Nupatiah, Fertilität und familiäre Lebensformen in der sozialen Transformation - Übergang zu einer neuen Bevölkerungsweise in Ostdeutschland? In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 18, 1992, 2, 167-196.

Gerhard, Bagesch, Die Situation von Frauen in den neuen Bundesländern beim Übergang zur Marktwirtschaft - Individualisierung arbeitsmarkt- und sozialpolitisch-er Problemfelder oder gesellschaftliche Herausforderung? In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 18, 1992, 4, 477-493.

Karl Schwarz, (Hrsg.), Frauerwerbstätigkeit - Demographische, soziologische, ökonomische und familienpolitische Aspekte. Deutsche Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft 26. Arbeitstagung, 19.-21.2.1992 in Gosen b. Berlin. Wiesbaden: BIB (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, H. 77).

Wiss. Beirat f. Frauenpolitik, Frauen im mittleren Alter - Lebenslagen der Geburtskohorten von 1950 bis 1980 in den alten und neuen Bundesländern. Stuttgart: Kohlhammer (Schriften d. BMFI, Bd.13).

<sup>4</sup> Reiter, Hans Dinkel und Erich Meindl, Die Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von der DDR zwischen 1950 und 1987. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17, 1991, 2, 115-134.

Dies waren außerordentliche Ereignisse. Die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Länder läßt aber vermuten, daß es auch in den nächsten Jahrzehnten eine Ost-West-Wanderung geben wird. Erika Schulz (DIW Berlin) geht davon aus, daß die Einwohnerzahl von vier der fünf neuen Länder bis zum Jahr 2000 weiter zurückgehen wird: Mecklenburg-Vorpommern -11,2 Prozent, Sachsen-Anhalt -7,7 Prozent, Thüringen -7,5 Prozent, Sachsen -5,7 Prozent. Entsprechend steigt die Bevölkerungszahl im Westen, besonders stark in Baden-Württemberg um 6,1 Prozent, etwas weniger in Bayern mit 5,2 Prozent.<sup>1</sup> Ist die Binnenwanderung für die regionale Entwicklung auch von großer Bedeutung, so sieht sie doch zurück hinter der grenzüberschreitenden Migration.

Zahlmäßig von Gewicht sind zwei Migrationsströme, die der Deutschstämmigen aus den Nachfolgestaaten des früheren Ostblocks und die der Flüchtlinge und Asylbewerber.

Aussiedler

In den letzten drei Jahren 1991 bis 1993 sind jeweils 220 bis 230 Tausend Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Zuvor, 1989 und 1990, waren es mit 377 und 297 Tausend bedeutend mehr, nach vielen Jahren mit sehr viel geringeren Aussiedlerzahlen. Grundlage für diesen Zustieg ist die nach Grundgesetz-Artikel 116 und Bundesvertriebengesetz § 1 gegebene Besonderheit, daß „die Deutschen in Osteuropa, die vor dem Zweiten Weltkrieg die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen oder sie während des Krieges im Zuge der nationalsozialistischen Einbürgerungspolitik erhielten, die Rechte deutscher Staatsbürger geltend machen“<sup>2</sup> können.

In früheren Jahren kamen die Spätaussiedler überwiegend aus Polen und zu einem hohen Anteil aus Rumänien. Seit 1991 kommt die Mehrzahl aus der ehemaligen UdSSR. Das dortige Potential Deutschstämmiger wird auf 2,5 Millionen geschätzt. Geht man davon aus, daß deren Zuwanderungswille bestehen bleibt, dann würden nach dem Kriegsfolgenbereinigungsgesetz bis in die ersten Jahre des nächsten Jahrzehnts jährlich gut 200 Tausend Aussiedler anerkannt werden und einreisen dürfen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, darauf hinzuweisen, daß das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz einen Schutz setzt: Kinder, die nach dem 31.12.1992 geboren wurden, erhalten keinen Status als Spätaussiedler, können also nur zusammen mit ihren Eltern nach Deutschland einreisen. „Aufgrund dieser Regelung wird fast

ein halbes Jahrhundert nach dem Krieg ein Ende des Kriegsfolgenrechts eingeleitet.“<sup>3</sup>

Asylbewerber, Flüchtlinge<sup>4</sup>

Beträchtlich gestiegen war bis zum Jahr 1992 der jährliche Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern, die in Deutschland ein- meistens befristetes - Bleiberecht erhielten. Es ist zu unterscheiden zwischen Flüchtlingen (Flüchtlinge gemäß Genfer Konvention), Kongruent-Flüchtlingen (zahlmäßig kongruentente, aus humanitären Gründen gemäß internationaler Vereinbarungen aufgenommene Flüchtlinge), de-facto-Flüchtlingen, Asylberechtigten sowie nichtanerkannten Asylbewerbern mit Aufenthaltserlaubnis. Die Gesamtzahl von ausländischen Flüchtlingen mit oder ohne Rechtsstatus nach der Genfer Konvention wurde für Ende 1993 auf zwei Millionen geschätzt.<sup>5</sup>

Ursachen dieser Zuwanderung sind:

- 1. Individuelle Gründe einschließlich persönlicher Verfolgungen,
2. die unausgewogene wirtschaftliche Entwicklung der Regionen,
3. ethnische und ethnisch-religiöse Bewegungen,
4. Kriege.

Deutschland nahm in absoluten Zahlen gemessen weitaus mehr Asylbewerber und Flüchtlinge auf als andere europäische Staaten, pro Kopf der Bevölkerung aber gab es in der Schweiz und in Österreich zumindest zeitweise mehr Asylbewerber.

Die Zunahme des Asylbewerberstroms insbesondere aus den süd- osteuropäischen Ländern Rumänien und Bulgarien und gesunkene Anerkennungsquoten haben die Auffassung verstärkt, ein großer Teil der Asylbewerber käme, um in Deutschland seine wirtschaftliche Lage zu verbessern („Wirtschaftsflüchtlinge“). Folgerichtig wurde in den letzten Jahren aufmerksam nach Anzeichen dafür gesucht, welche weiteren Zuwanderungen außer aus Südosteuropa auch aus dem Riesengebiet der früheren Sowjetunion zu erwarten seien.

Es gibt die durch demoskopische Erhebungen genährte Befürchtung, Millionen in Rußland und anderen GUS-Staaten säßen auf gepackten Koffern. Dagegen spricht der tatsächlich geringe Zuwanderstrom. Zu seiner Erklärung weisen einige Demographen auf die historischen Erfahrungen mit der früheren Migration aus dem Osten. Abgesehen von der Massenabwanderung aus der ehemaligen DDR waren es in erster Linie Angehörige privilegierter ethnischer oder religiöser Minderheiten, die von Ost nach West wanderten. Die jeweiligen Mehrheitsbevölkerungen, die keine „Lobby

<sup>1</sup> Erika Schulz 1993 (Demographie aktuell, 1) - auch in: Acta Demographica 1993, 149-164.

<sup>2</sup> Silke Delfs, Heimatvertriebene, Aussiedler, Spätaussiedler. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B48/94, 5.

<sup>3</sup> Delfs 1992, 10f.

<sup>4</sup> Vgl. Gert Hullen, Bericht 1993 zur demographischen Lage in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 19, 1, 21ff.

<sup>5</sup> Bundesminister des Innern AS-936 040/15300, Februar 1994.

im Westen' hatten, seien kaum beteiligt gewesen. Deswegen sei auch in Zukunft kein Massenerodus aus dem Osten Europas zu erwarten. Er werde obendrein durch die wachsende Abschottung des Westens verhindert.<sup>10</sup>

Gibt es schon verschiedene Meinungen über die Zuwanderungen aus dem Osten, so herrscht erst recht über die gesamte zukünftige Migration Ungewissheit. Das internationale Potential an Zuwanderern ist nicht einzuschätzen, die künftige Aufnahmebereitschaft unseres Landes ebenfalls nicht.

Sicher ist zum einen, daß auch in Zukunft Leute aus wirtschaftlich, politisch und ökologisch schlechter gestellten Weltgegenden eine Zuflucht in Deutschland suchen werden. Zum zweiten braucht Deutschland die Zuwanderung, um - im nächsten Jahrzehnt - die Arbeitsplätze zu besetzen und um der Alterung entgegenzuwirken. Andererseits wurde im letzten Jahr in Deutschland das Asylrecht geändert, und auch durch internationale Absprachen wird versucht, Asylbewerber fernzuhalten.

Ganz im Sinne dieser Regelungen sank die Zahl der Asylbewerber im zweiten Halbjahr 1993 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1992 um 60%<sup>11</sup> und in den ersten drei Monaten 1994 im Vergleich zum ersten Vierteljahr 1993 um fast 70 Prozent.<sup>12</sup>

### Einbürgerungen<sup>13</sup>

Ein paar Fakten noch zu den Einbürgerungen, die unter dem Thema der Erleichterung der Doppelstaatigkeit in der jüngsten Diskussion einen breiten Raum einnahmen.

1991 erhielten knapp 142 Tausend Menschen die deutsche Staatsbürgerschaft, viermal so viele wie fünf Jahre zuvor. Bei den Einbürgerungen wird bekanntlich zwischen solchen unterschieden, auf die der Antragsstellende einen Anspruch hat, vor allem etwa, weil er Spätaussiedler ist, und solchen, die im Ermessen von Bund und Land liegen. Im Zuge des Zustroms von Aussiedlern wuchs die Zahl der Anspruchseinbürgerungen von 1987 bis 1991 auf das Fünffache. Aber auch die Ermessenseinbürgerungen sind stark gestiegen. Wurden in den Jahren 1984 bis 1987 jährlich etwa 14 Tausend Ausländer im Ermessensweg eingebürgert, so waren es 1991 mit gut 27 Tausend fast doppelt so viele. Davon waren insgesamt mehr als ein Drittel Bürger aus der Türkei, größere Kontingente kamen aus Polen, aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der ehemaligen Tschechoslowakei.

<sup>10</sup> Rainer Münz, Zur Gegenwart und Zukunft der europäischen Ost-West-Wanderung, 28. Tagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft, 16.-18.2.1994, Bochum.

<sup>11</sup> „Innerpolitik“, Hrsg. BfM, 1/94.

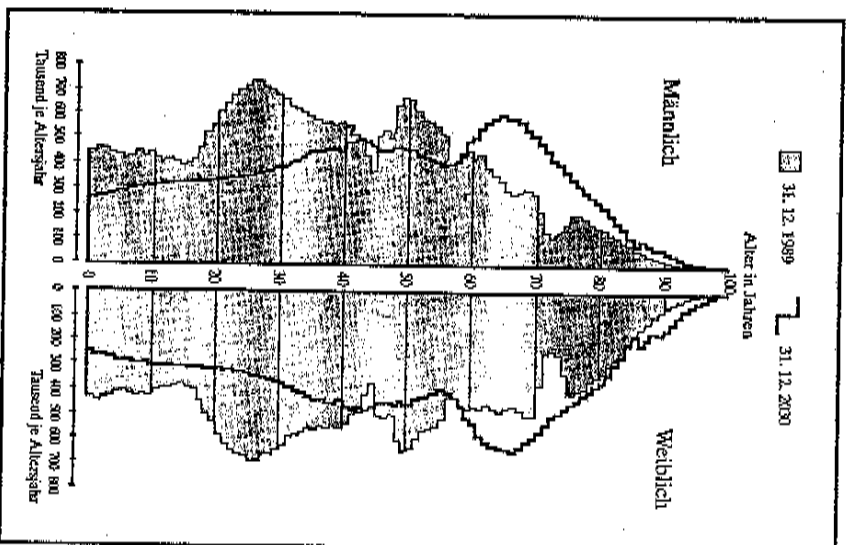
<sup>12</sup> FAZ v. 7.4.94.

<sup>13</sup> Vgl. Hullen 1993, 23.

### ERGEBNISSE HEUTIGER PROGNOSEN

Nach zur Zeit in Arbeit befindlichen Bevölkerungsvoransberechnung des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Ämter der Länder wird die Bevölkerung Deutschlands in den nächsten Jahren noch weiter auf über 83 Millionen wachsen, dann aber langsam zurückgehen. Ab 2020 werden 80 Millionen wieder unterschritten. Im Jahr 2030 gibt es nach dieser Modellrechnung 77 Millionen Einwohner in Deutschland.<sup>14</sup>

### Abbildung 2: Altersaufbau der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland (Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990)



Quelle: B. Sommer (Anm.), S. 219.

<sup>14</sup> 8. koordinierte Bevölkerungsvoransberechnung, i.E.; für die 7. koordinierte Bevölkerungsvoransberechnung s. Bettina Sommer, 1992, Entwicklung der Bevölkerung bis 2030. In: Wirtschaft und Statistik 4/92, 219.

Vergleicht man die Bevölkerungspyramiden für das Jahr 1989 mit der für das Jahr 2030 – hier ist es die einer vorangegangenen Bevölkerungsberechnung der Statistischen Ämter –, sieht man + deutlich, daß die stärksten Jahrgänge, das waren 1989 die 20- bis 30jährigen, vierzig Jahre später im Rentneralter stehen. Alle nachfolgenden Jahrgänge sind schwächer besetzt. Diese Bevölkerungsstruktur birgt für Deutschland neuartige Probleme.

**Jugendquote**

Der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm hat jüngst skizziert, welche Auswirkungen die demographische Entwicklung für Kindergärten und Schulen haben dürfte.<sup>15</sup> Da die Kinderzahl im Westen Deutschlands bis zum Jahr 2000 nur geringfügig sinkt und gleichzeitig die Nachfrage nach Kindergartenplätzen noch steigen dürfte – 1991 hatten nur 62,7 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen einen Platz –, werden Kindertagesstätten hier höchstwahrscheinlich nicht schrumpfen. Anders im Osten: Dort hat sich in den wenigen Jahren von 1989 bis 1992/93 die Geburtenzahl mehr als halbiert.

Nach der Jahrtausendwende wird dann auch im Westen die Zahl der Kinder im Kindergartenalter sinken. Sie wird im Jahr 2010 nur noch zwei Drittel der Zahlen von 1992 betragen. Klemm sieht einen Zusammenhang zwischen diesen Zukunftsaussichten und heutigen ersten Forderungen nach einem Aufschieben des bedarfsdeckenden Angebots an Kindergärten.

Die Zahl der 6- bis 19jährigen, also der Schulkinder im weiten Sinne, wird bis 2000 weiter leicht steigen, danach nimmt sie ab. Im tertiären Bildungsbereich sinken die prognostizierten Zahlen, was aber wegen längerer Hochschul- und Fachschulbesuchszeiten möglicherweise keineswegs zu einer Entlastung führt.

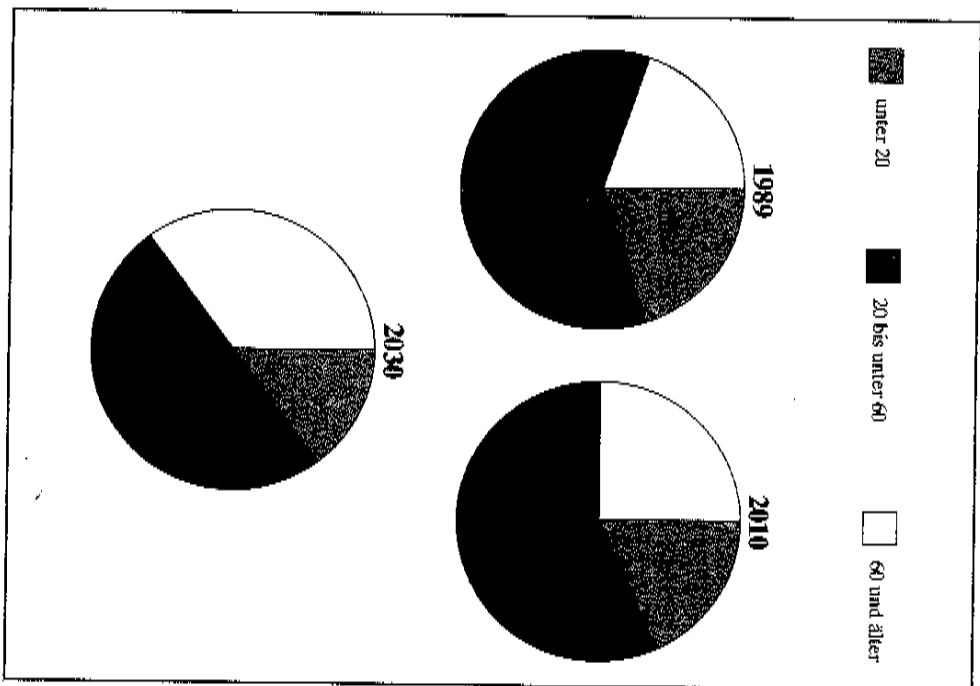
**Alterung**

Das größte Problem der künftigen Bevölkerungsentwicklung ist die Alterung. Der Anteil der Älteren an der Bevölkerung wächst wegen des Geburtenrückgangs der letzten Jahrzehnte und wegen der weiter steigenden Lebenserwartung. Hinzu kommen Folgen des Babybooms der 60er Jahre, dem bekanntlich ein rasanter Geburtenrückgang, auch „Pillenknick“ genannt, folgte.

Zur Zeit ist jeder Fünfte der Wohnbevölkerung Deutschlands über 59 Jahre alt. Um 2010 herum wird jeder Vierte zu diesen Älteren gehören, zwanzig Jahre später, 2030, sogar jeder Dritte.

<sup>15</sup> Klaus Klemm, Essen auf Rädern versus Ganztagschule? In: Erziehung & Wissenschaft 3/94, 6-9.

**Abbildung 3: Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland nach Altersgruppen (Gebietsstand ab dem 3. Oktober 1990)**



Quelle: B. Sommer (Anm.), S. 221.

Die demographische Entwicklung führt zu dramatischen Verschiebungen auch auf anderen Gebieten:

– Um für die steigende relative Zahl der Rentner in unserem auf der Grundlage zwischen den Generationen auftretenden Rentensystem die Renten zu sichern, muß das Potential der Beitragszahler gestärkt werden. Möglichkeiten sind die Zuwanderung aus dem Ausland – darauf gehe ich gleich noch ein –, die Erhöhung der Frauenerwerbsquote, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, gesteigerte Qualifikation der Erwerbstätigen<sup>16</sup>.

– Im Wirtschaftsleben werden die Konsum- und Lebensgewohnheiten der älteren Menschen immer stärker berücksichtigt werden müssen<sup>17</sup> – wobei deren Angleichung an „jüngere“ Verhaltensweisen allerdings gegenläufig wirken könnte.

– In der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung gewinnen die Älteren zahlenmäßig stetig an Gewicht. Die Parteien verstärken bereits ihre Arbeit mit und für die Senioren<sup>18</sup>. Man müßte indes in die Strategiezentralen der Parteien blicken dürfen, um sagen zu können, ob die Senioren auch tatsächlich an Einfluß gewinnen und gewinnen werden.

– Im System gesellschaftlicher Wertsetzungen wird die ältere Generation einen immer stärkeren Einfluß bekommen. Das ist gewiß, offen bleibt: Welche Wertvorstellungen werden die Älteren haben? Stimmt das Klischee, wonach die Älteren, weil auf Sicherheit bedacht, stets konservativer sind als die Jüngeren? Wird der Postmaterialismus den Materialismus ablösen, der Wertekonservatismus den herkömmlichen Konservatismus?

Unter dem Gesichtspunkt der Hilfsbedürftigkeit der älteren Menschen sind Lösungen in drei Aufgabenkreisen zu suchen:

\*Erstens: Wie, in welchen Organisationsformen kann die Pflege älterer Menschen gesichert werden? Zweitens: Welche 'Aufgaben' sollen ältere Menschen haben, und welche Kompetenzen sollen ihnen vermittelt werden? Drittens: Wie läßt sich die Wohnumgebung und das Lebensumfeld älterer Menschen angemessen gestalten?<sup>19</sup>

Alter	alte Länder		neue Länder		Deutschland	
	1992	2000	1992	2000	1992	2000
3-6	2171	2002	1443	603	260	360
6-19	8542	9098	8035	2645	2196	1204
19-25	5519	3875	4324	1148	1252	1085
					6667	5127
					5409	

Quelle: Klemm 1994

Bert Rürup und Werner Sesselmeier, Die demographische Entwicklung Deutschlands: Risiken, Chancen, politische Optionen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B44/93 (Diesem Aufsatz sind auch die Schaubilder zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung entnommen), Klemm 1993, 8f.

<sup>16</sup> Rürup und Sesselmeier 1993.

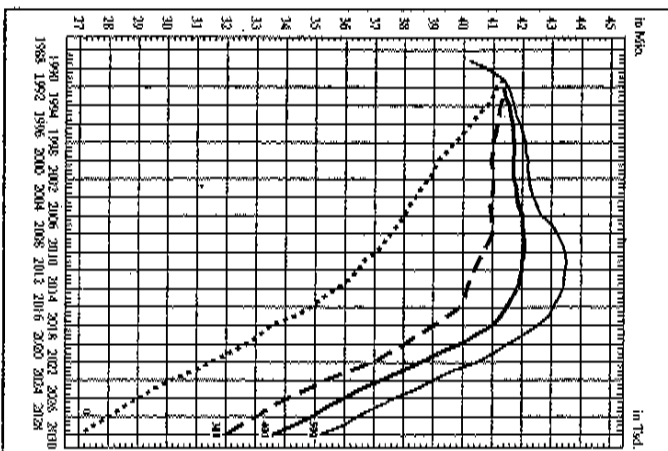
<sup>17</sup> Vgl. Malte Rissan und Petra Mackroth, Lernen, Macht und neue Produktivität der Älteren. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B44, 27-38.

<sup>18</sup> Stephan Hradil und Dagmar Müller, Auswirkungen des demographischen, sozia-

#### Inländer/Ausländer

Laut den jüngsten verfügbaren Statistiken leben in der Bundesrepublik Deutschland rund 6,5 Millionen Ausländer.<sup>20</sup> Ihre Zahl wird weiter steigen – nicht aufgrund ihrer natürlichen Bevölkerungsentwicklung, sondern aufgrund weiterer Zuwags. Je nachdem, welche Annahmen man über den jährlichen Migrationssaldo der Ausländer macht (Auswanderer sind definitionsgemäß nicht einbezogen), wird sich rechnerisch die ausländische Bevölkerung in jeweils vier, fünf oder in zehn Jahren um eine Million erhöhen.

Abbildung 4: Entwicklung des Arbeitskräfteangebots bei unterschiedlicher Zuwanderung



Quelle: B. Hof (Aom.), S. 17.

Voraussichtlich werden Zuwanderer gebraucht, um die vorhandenen Arbeitsplätze zu besetzen. Das klingt manchen Ohren angesichts der heutigen und auch zukünftigen millionenfachen Arbeitslosigkeit<sup>21</sup> absurd, ist es aber nicht, weil sich die Zahl der Perso-

len und kulturellen Wandels auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Schleswig-Holstein. Gutachten im Auftrag der Staatskanzlei Schleswig-Holstein, Mainz 1993, 177f.

<sup>20</sup> Statistisches Bundesamt, in: Wirtschaft und Statistik 3/1994, 158.

<sup>21</sup> Vgl. Arbeitsmarktsicht 1991-2010 der Prognos AG

nen im erwerbstätigen Alter binnen weniger Jahrzehnte stark verringert wird. Um das heutige Arbeitskräfteangebot bis ungefähr 2010 zu sichern, wären nach Berechnungen von Bernd Hof (IW Köln) jährliche Zuwanderungen von 300 bis 400 Tausend Personen notwendig.

Angesichts der Ungewißheit über das zukünftige Migrationspotential und die hier zu treffenden Entscheidungen sind allerdings alle Zahlenangaben über die Ausländer und ihren Anteil an der Bevölkerung nach der Jahrtausendwende höchst spekulativ. Ich glaube, es ist seriöser, stattdessen auf drei grundlegende Phänomene der Zuwanderung hinzuweisen:

- Räumliche Entfernungen werden - wie in der jüngeren Vergangenheit schon - kaum mehr ein Hindernis für Migrationsströme nach Westeuropa sein. Dies ist zum einen der heutigen Verkehrstechnik zuzuschreiben, zum anderen der globalen Diffusion westlicher Werte und der hohen Mobilität des Faktors Arbeit (Hoffmann-Nowotny<sup>22</sup>). Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis dies auch für die ferneren Gebiete des ehemals sowjetischen Herrschaftsbereiches zutrifft.

- Setzt man sich das Ziel der gesellschaftlichen „Integration“ der Zuwanderer, dann dürfte dies um so weniger erreicht werden, je größer deren Zahl ist<sup>23</sup>. Hiergegen ist allerdings unter Verweis auf die Erfahrungen auch der jüngsten Zeit zu argumentieren, daß die Bereitschaft zum Zusammenleben entscheidend ist.

- Das Ziel des Zusammenlebens wird sicherlich einfacher zu erreichen sein, wenn es einen Kanton von Simeonungen ebendieses Zusammenlebens gibt, der mit der Zeit sogar wächst. Dagegen schwindet eine außerordentlich wichtige Simeonung, wenn sich der Arbeitsmarkt wegen hoher Arbeitslosigkeit zuwandernden Arbeitssuchenden verschließt.

#### Zielrechnungen

Im Zeitalter verbreiteter Kenntnisse über demographische Zusammenhänge und der Verfügbarkeit von Computern kann es nicht Wunder nehmen, daß es inzwischen eine Fülle von Berechnungen

Bundesrepublik gesamt	1991	2000	2010
Arbeitskräftepotential	41,0	40,8	39,7
Erwerbstätige	36,5	34,9	38,8
Rechn. Arbeitsplatzlücke	4,5	5,9	3,9
Registrierte Arbeitslose	2,6	3,3	2,6
Stille Reserve	1,9	2,6	1,3

<sup>22</sup> Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny, Die neue Völkerverwanderung. Ursachen internationaler und interkontinentaler Migration. In: Perspektiven der künftigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland. T. 1: Fakten und Hypothesen. Bonn: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Informations zur Raumentwicklung, H. 9/10, 1992), 769-775.

<sup>23</sup> Vgl. Hartmut Esser, Die Integration der Zweiten Generation: Zur Erklärung kultureller Differenzen. In: Zeitschrift für Soziologie 18, 1989, 426-443.

darüber gibt, was denn bei anderen demographischen Entwicklungen herauskäme oder wie die demographische Entwicklung verlaufen müßte, um bestimmte Ziele zu erreichen.

Auf die Frage, wieviel Zuwanderer die Bundesrepublik denn bräuchte, gibt es folgende Antworten:

- Blicke die Fertilität auf dem heutigen Stand (1,3 bei deutschen Frauen, 1,9 bei Zuwanderinnen), würde die Bevölkerung Deutschlands ohne weitere Zuwanderung im Jahr 2030 bei 62 Millionen liegen.<sup>24</sup>

- Bei einer jährlichen Zuwanderung von 390 Tausend oder differenzierter: bei jährlichen Zuwanderungen zwischen 10 Tausend im

Abbildung 5: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland bei verschiedenen Wanderungsmaßnahmen 1990-2050

Jahr	Bevölkerung in Millionen		jährl. Zuwanderung in Mio.	zwecks Bevölkerungskonstanz
	ohne Zuwanderung	jährl. Zuwanderung von 250.000		
1990	79,1	79,1	0	
2000	77,4	80,8	0,3	
2010	74,0	80,1	0,4	
2020	69,0	78,2	0,5	
2030	62,9	75,2	0,5	
2040	55,8	71,2	0,6	
2050	48,4	66,8	0,6	
Einwanderungen 1990-2050 insgesamt	0	15,0	26,5	

Quelle: Günter Buttler, Deutschlands Wirtschaft braucht Einwanderer, in: Hans-Ulrich Klose (Hrsg.), Altern der Gesellschaft. Antworten auf demographischen Wandel, Köln 1993, S. 63.

<sup>24</sup> Günter Steinmann, Zusammenhang zwischen Alterungsprozess und Einwanderung. Expertise für die Enquete-Kommission des Dr. Bundeslages „Demographischer Wandel“, Manfred Thon: Perspektiven des Erwerbspersonenpotentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahre 2030. In: MitAB 1991, 4, 706-712.

<sup>25</sup> Karl Schwarz, Bestimmungsgrenze der Alterung der Bevölkerung - Das deutsche Beispiel. Msk., Herrwig Birg und Ernst-J. Fildemann, Bevölkerungsprojektion für das vereinte Deutschland bis zum Jahr 2100 - unter besonderer Berücksichtigung der Wanderungen. Studie im Auftrag der Enquete-Kommission des Dr. Bundeslages



Jahr 1995 und 525 Tausend im Jahr 2025 bliebe es bis zum Jahr 2030 bei der heutigen Bevölkerungsgröße von 80 Millionen.<sup>53</sup>

- Um den gegenwärtigen Altenanteil (Anteil der über 64-jährigen an der Gesamtbewölkerung; heute 16 Prozent) ungefähr zu halten, wären jährliche Zuwanderungen von einer Million Personen und mehr notwendig. Dies ergaben eigene Berechnungen.

Wichtig ist man, daß jährliche Zuwanderungen von einer Million, ebenso auf bestimmte Altersgruppen beschränkte Zuwanderungen ziemlich unrealistisch sind, dann stimmen alle Berechnungen darin überein, daß die Zuwanderung die Alterung nicht wesentlich bremsen wird. Zuwanderungen sind kein Ersatz für Geburten.

SCHLUS

Mit dem Gedankenexperiment über mögliche Entwicklungen der Bevölkerung von 1871 wollte ich zur Vorsicht im Umgang mit demographischen Prognosen mahnen. Für die Gegenwart gilt, daß wir uns zwar ziemlich sicher sein können, wenn es um die zukünftigen Erhöhungen der Lebenserwartung geht. Bezüglich der Fertilität aber gibt es - seit dem demographischen Einbruch in den neuen Ländern - große Fragezeichen. Erst recht herrscht Ungeklärtheit über Migrationsdruck und die Aufnahmebereitschaft von Migranten. Das mahnt zur Vorsicht im Umgang mit demographischen Modellrechnungen, mindert aber grundsätzlich nicht ihren Wert.

Mit Sicherheit wird zukünftig der Anteil der Jungen an der Bevölkerung abnehmen, der Anteil der Ältern stark steigen. Der Zustrom von Ausländern wird anhalten, mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der von Flüchtlingen und Asylbewerbern. All diese Entwicklungen müßten von Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit stärker als bisher wahrgenommen werden, um angemessen zu reagieren.

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER SOZIALEN DIENSTE  
Stefan Gaitanides

Die psychosozialen Dienste der kommunalen und freien Träger stehen von ihrem Auftrag her der gesamten Bevölkerung zur Verfügung. In der Praxis erfüllen sie ihren Versorgungsauftrag für einen immer größer werdenden Teil der Bevölkerung - für die Migrantenbevölkerung aber nur völlig unzureichend.

Die sozialen und psychosozialen Beratungs- und Hilfeeinrichtungen haben bisher nur wenig unternommen, um die Schwellenängste und sprachlich-kulturellen Zugangshürden abzubauen, die Migranten daran hindern, ihre Angebote wahrzunehmen. Setzen ausländische Klienten überhaupt einmal ihren Fuß über die Schwelle einer Beratungsstelle, werden sie an die migratenspezifischen Sonderdienste verwiesen, sobald interkulturelle Kommunikationsverfälschungen auftreten.

Die migratenspezifischen Dienste können aber - bei allem anerkenntniswerten Engagement - weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht die Versorgungslücke im Regelbereich aufwiegen. Sie sind weder so flächendeckend noch vergleichbar spezialisiert. Für viele Nationalitäten gibt es überhaupt keine Angebote. Als freiwillige Leistungen der öffentlichen Hand stehen die migratenspezifischen Dienste finanziell auf sehr wackeligen Füßen. Ihr Ausbau auf einem den Regeldiensten vergleichbar flächendeckenden und qualitativen Spezialisierungsniveau ist weder von der finanziellen noch von der personellen Seite her realisierbar noch wegen der segregierenden Wirkung überhaupt wünschenswert.

Ich habe an anderer Stelle diese meine Einschätzung der mangelhaften Versorgung der Migranteninnen und Migranten durch die Sonderdienste ausführlich begründet und empirisch für den Raum Frankfurt belegt und werde mich auf ein knappes Resümee beschränken (Gaitanides 1992, 1993). In meinem Gutachten über die „Psychosoziale Versorgung der Migranteninnen und Migranten in Frankfurt“ stelle ich die Existenzberechtigung und die Verdienste der migratenspezifischen Sonderdienste nicht in Frage. Ich bezweifle nur, daß man mit der Strategie des Ausbaus der Sondermaßnahmen jemals das Versorgungsdefizit wird ausgleichen können.

Um eine angemessene Versorgung der Migrantenbevölkerung mit Sozialen Diensten zu erreichen, geht kein Weg vorbei an der Öffnung der Regeldienste durch - ich greife zusammenfassend vor - die Entwicklung niedrigschwelliger Angebotsstrukturen, die Beschäftigung von Migrantinnen, geeigneter Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für deutsche Mitarbeiter sowie durch die enge Kooperation mit den migratenspezifischen Diensten und den Multiplikatoren der ethnischen Gemeinschaften. Dabei verstehe ich -

<sup>53</sup>„Schutz der Erdatmosphäre“, Günter Bartler, Deutschlands Wirtschaft braucht Einwanderer. In: Hans-Ulrich Klase (Hrsg.), Altem der Gesellschaft. Köln 1993, 63.